



HESSISCHER LANDTAG

19. 09. 2017

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes

A. Problem

Nach § 7 Abs. 1 des Landtagswahlgesetzes (LWG) wird das Land Hessen für die Landtagswahl in 55 Wahlkreise eingeteilt; die Abgrenzung der Wahlkreise erfolgt durch die Anlage zum Landtagswahlgesetz. Der in Art. 28 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes (GG) und in Art. 73 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen für Landtagswahlen vorgeschriebene Grundsatz der Gleichheit der Wahl fordert für die Mehrheitswahl der Abgeordneten in den Wahlkreisen, dass alle Wähler auf der Grundlage möglichst gleich großer Wahlkreise und daher mit voraussichtlich annähernd gleichem Stimmgewicht wählen können. Die hessischen Landtagswahlkreise wurden an die Entwicklung der deutschen Bevölkerung zuletzt durch Art. 1 Nr. 16 des Gesetzes zur Änderung des Landtagswahlgesetzes und des Hessischen Abgeordnetengesetzes vom 15. Dezember 2005 (GVBl. I S. 839) angepasst. Die Bevölkerungsentwicklung nach diesem Zeitpunkt macht eine Neuanpassung notwendig.

B. Lösung

Anpassung der Landtagswahlkreise an die Entwicklung der deutschen Bevölkerung in Hessen über 18 Jahren.

C. Befristung

Keine.

D. Alternativen

Beibehaltung der bestehenden Wahlkreisabgrenzung.

E. Finanzielle Auswirkungen

1. Auswirkungen auf die Liquiditäts- oder Ergebnisrechnung

	Liquidität		Ergebnis	
	Ausgaben	Einnahmen	Aufwand	Ertrag
Einmalig im Haushaltsjahr	-	-	-	-
Einmalig in künftigen Haushaltsjahren	-	-	-	-
Laufend ab Haushaltsjahr	-	-	-	-

2. Auswirkungen auf die Vermögensrechnung

Keine.

3. Berücksichtigung der mehrjährigen Finanzplanung

Keine.

4. Auswirkungen für hessische Gemeinden und Gemeindeverbände

Keine; eine Wahlkreisneueinteilung hat keine Auswirkungen auf die den Städten und Gemeinden sowie den Landkreisen übertragenen Aufgaben im Rahmen der Durchführung der Landtagswahl.

F. Unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern

Keine.

G. Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

Keine.

Der Landtag wolle das folgende Gesetz beschließen:

**Gesetz
zur Änderung des Landtagswahlgesetzes**

Vom

**Artikel 1
Änderung des Landtagswahlgesetzes**

Die Anlage zu § 7 Abs. 1 des Landtagswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 2006 (GVBl. I S. 110, 439), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. September 2015 (GVBl. S. 346), wird wie folgt geändert:

1. In der Beschreibung des Wahlkreises 2 - Kassel Land II - wird das Wort "Nieste" gestrichen.
2. In der Beschreibung des Wahlkreises 5 - Waldeck-Frankenberg I - wird das Wort "Lichtenfels" gestrichen.
3. In der Beschreibung des Wahlkreises 6 - Waldeck-Frankenberg II - wird nach der Angabe "Hatzfeld (Eder)" das Wort "Lichtenfels" eingefügt.
4. In der Beschreibung des Wahlkreises 9 - Eschwege-Witzenhausen - werden nach dem Wort "sowie" die Wörter "die Gemeinde Nieste des Landkreises Kassel und" eingefügt.
5. In der Beschreibung des Wahlkreises 10 - Rotenburg - wird nach dem Wort "Cornberg" das Wort "Ludwigsau" eingefügt.
6. Die Beschreibung des Wahlkreises 11 - Hersfeld - wird wie folgt gefasst:
"Wahlkreis 11 - Hersfeld -
umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Hersfeld-Rotenburg:
Bad Hersfeld
Breitenbach a. Herzberg
Friedewald
Hauneck
Haunetal
Heringen (Werra)
Hohenroda
Kirchheim
Neuenstein
Niederaula
Philippsthal (Werra)
Schenklengsfeld
sowie die Gemeinde Eiterfeld des Landkreises Fulda"
7. In der Beschreibung des Wahlkreises 14 - Fulda I - wird das Wort "Eiterfeld" gestrichen.
8. In der Beschreibung des Wahlkreises 18 - Gießen I - wird das Wort "Fernwald" gestrichen.
9. Die Beschreibung des Wahlkreises 19 - Gießen II - wird wie folgt gefasst:
"Wahlkreis 19 - Gießen II -
umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Gießen:
Allendorf (Lumda)
Buseck
Fernwald
Grünberg
Hungen
Langgöns
Lich
Linden
Pohlheim
Rabenau
Reiskirchen"

10. Die Beschreibung des Wahlkreises 20 - Vogelsberg - wird wie folgt gefasst:
"Wahlkreis 20 - Vogelsberg -
umfasst den Vogelsbergkreis sowie die Stadt Laubach des Landkreises Gießen"
11. In der Beschreibung des Wahlkreises 28 - Rheingau-Taunus I - wird nach dem Wort "Geisenheim" das Wort "Heidenrod" eingefügt.
12. In der Beschreibung des Wahlkreises 29 - Rheingau-Taunus II - wird das Wort "Heidenrod" gestrichen.
13. In der Beschreibung des Wahlkreises 40 - Main-Kinzig I - wird das Wort "Niederdorfelden" gestrichen.
14. Der Beschreibung des Wahlkreises 41 - Main-Kinzig II - wird nach dem Wort "Maintal" das Wort "Niederdorfelden" angefügt.
15. Der Beschreibung des Wahlkreises 48 - Groß-Gerau II - werden nach dem Wort "Trebur" die Wörter "sowie die Gemeinde Groß-Rohrheim des Landkreises Bergstraße" angefügt.
16. In der Beschreibung des Wahlkreises 54 - Bergstraße I - wird das Wort "Groß-Rohrheim" gestrichen.

Artikel 2 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) fordert für Bundestagswahlen in ständiger Rechtsprechung, dass nach dem verfassungsrechtlich durch Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG geschützten Grundsatz der Gleichheit der Wahl die Stimme jedes Wahlberechtigten den gleichen Zählwert und die gleiche rechtliche Erfolgchance haben muss (zuletzt mit Beschluss vom 31. Januar 2012, Az.: 2 BvC 3/11). Bei der für die Wahl der Abgeordneten in den Wahlkreisen praktizierten Mehrheitswahl fordert dieser Grundsatz über den gleichen Zählwert aller Stimmen hinaus, dass bei der Wahl alle Wähler auf der Grundlage möglichst gleich großer Wahlkreise und daher mit voraussichtlich annähernd gleichem Stimmgewicht am Kreationvorgang teilnehmen können. Der Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit unterliegt nach der ständigen Rechtsprechung des BVerfG allerdings keinem absoluten Differenzierungsverbot. Aus dem formalen Charakter dieses Grundsatzes folgt aber, dass dem Gesetzgeber bei der Ordnung des Wahlrechts nur ein eng bemessener Spielraum für Differenzierungen verbleibt. Bei der Prüfung, ob eine Differenzierung innerhalb der Wahlrechtsgleichheit gerechtfertigt ist, ist grundsätzlich ein strenger Maßstab anzulegen. Differenzierungen bedürfen zu ihrer Rechtfertigung stets eines besonderen, sachlich legitimierten, in der Vergangenheit als "zwingend" bezeichneten Grundes (BVerfG, Urteil vom 26. Februar 2014, Az.: 2 BvE 2/13 u.a. und 2 BvR 2220/13 u.a.). Das bedeutet nicht, dass sich eine Differenzierung als von Verfassungs wegen notwendig darstellen muss. Differenzierungen können vielmehr auch durch Gründe gerechtfertigt werden, die durch die Verfassung legitimiert und von einem Gewicht sind, das der Wahlrechtsgleichheit die Waage halten kann (vgl. BVerfGE 1, 208, 248; 6, 84, 92 f.; 71, 81, 96; 95, 408, 418; 129, 300, 320; 130, 212, 227 f.; 131, 316, 338). Bei der Einteilung des Wahlgebietes in gleich große Wahlkreise steht dem Gesetzgeber dabei ein gewisser Gestaltungs- und Beurteilungsspielraum zu (vgl. BVerfG, Beschluss vom 31. Januar 2012, Az.: 2 BvC 3/11, BVerfGE 130, 212, 228). Da die Bevölkerungsverteilung dauernden Wandlungen unterworfen ist, lässt sich das verfassungsrechtliche Gebot, die Wahlkreise bevölkerungsmäßig an dem Prinzip der Gleichheit der Wahl zu orientieren, nur unvollkommen verwirklichen. Als verfassungsrechtliche Rechtfertigung für Abweichungen von der Durchschnittsgröße aller Wahlkreise innerhalb einer bestimmten, verfassungsrechtlich determinierten Toleranzspanne und damit gleichzeitig als sachliche Kriterien für eine Differenzierung dienen u.a. die Wahrung regionaler Besonderheiten und die Beachtung historisch verwurzelter Verwaltungsgrenzen (BVerfG, Urteil vom 10. April 1997, Az.: 2 BvF 1/95, BVerfGE 95, 335, 364; Beschluss vom 31. Januar 2012, Az.: 2 BvC 3/11, BVerfGE 130, 212, 238; Kammerbeschluss vom 18. Juli 2001, Az.: 2 BvR 1252/99 u.a., NVwZ 2002, 71, 72; Bay-VerfGH, Entscheidung vom 12. Juli 1990, Az.: Vf. 10-VII/89, NVwZ 1991, 565). Der einzelne Wahlkreis soll insgesamt ein zusammengehörendes und abgerundetes Ganzes bilden (BVerfG, Urteil vom 10. April 1997, Az.: 2 BvF 1/95, BVerfGE 95, 335, 364; NdsStGH, Urteil vom 24. Februar 2000, StGH 2/99, NVwZ 2000, 670, 671) und deshalb ein zusammenhängendes Gebiet sein (BVerfG, Beschluss vom 22. Mai 1963, Az.: 2 BvC 3/62, BVerfGE 16, 130, 141). Da eine ständige Änderung der Wahlkreisgrenzen den Prinzipien der demokratischen Legitimation zuwiderlaufen würde, hat das BVerfG auch betont, dass es einer gewissen Kontinuität der räumlichen Gestalt des Wahlkreises bedarf (BVerfGE 130, 212, 228 f.; 95, 335, 364).

Für die Einteilung der Landtagswahlkreise bestehen in der Verfassung des Landes Hessen keine ausdrücklichen Vorgaben. Da Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG allerdings entsprechend dem ausschließlich für Bundestagswahlen geltenden Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG fordert, dass auch in den Ländern das Volk eine Vertretung haben muss, die u.a. aus gleichen Wahlen hervorgegangen ist, sind die Grundzüge der Rechtsprechung des BVerfG und die Anforderungen des Grundsatzes der Wahlrechtsgleichheit auch auf das Landtagswahlrecht übertragbar.

Nach § 7 Abs. 1 LWG wird das Land Hessen für die Landtagswahl in 55 Wahlkreise eingeteilt; die Abgrenzung der Wahlkreise erfolgt durch die Anlage zum Landtagswahlgesetz. Die Landtagswahlkreise wurden zuletzt durch Art. 1 Nr. 16 des Gesetzes zur Änderung des Landtagswahlgesetzes und des Hessischen Abgeordnetengesetzes vom 15. Dezember 2005 (GVBl. I S. 839) an die Entwicklung der deutschen Bevölkerung angepasst. Aufgrund der zwischenzeitlichen Bevölkerungsentwicklung haben sich mit Stand vom 31. Dezember 2015 die in der **Anlage 1** dargestellten Über- bzw. Unterschreitungen bezogen auf die durchschnittliche Bevölkerungszahl der Wahlkreise ergeben. Danach liegen die prozentualen Abweichungen bezogen auf die deutsche Bevölkerung zwischen -30,3 % (Wahlkreis 10 - Rotenburg) bis +26,9 % (Wahlkreis 54 - Bergstraße I) und bezogen auf die deutsche Bevölkerung über 18 Jahren zwischen -28,8 % (Wahlkreis 10 - Rotenburg) bis +28,9 % (Wahlkreis 18 - Gießen I). In einigen Wahlkreisen haben die Abweichungen damit ein Ausmaß erreicht, welches den Grundsatz der Gleichheit der Wahl unter Umständen nicht mehr gewährleistet.

Unter Berücksichtigung des Umstands, dass der Kontinuität von Wahlkreisen in Hessen traditionell ein hohes Gewicht bei einer Neueinteilung eingeräumt worden ist, beschränken sich die Vorschläge für eine Neuaufteilung nur auf die für die Gewährleistung der Wahlrechtsgleichheit notwendigen Änderungen. Zur Vorbereitung der nächsten Landtagswahl soll eine Neuabgrenzung da-

her nur für die Wahlkreise erfolgen, bei denen die prozentuale Abweichung von einem Durchschnittswahlkreis absolut mehr als 25 % beträgt. Dies entspricht auch der für Bundestagswahlen geltenden Grenze des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Bundeswahlgesetz, ab der zwingend eine Neuabgrenzung von Bundestagswahlkreisen vorzunehmen ist; eine entsprechende Toleranzspanne haben auch die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Thüringen und Bayern. Bezugspunkt für die Neuabgrenzung der Wahlkreise soll dabei gemäß der letzten Wahlkreiseinteilung (vgl. zu den damaligen Grundsätzen die Begründung zu Art. 1 Nr. 16 und Anlage 1 des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes und des Hessischen Abgeordnetengesetzes, Drucks. 16/4205) grundsätzlich entsprechend Art. 70, 75 Abs. 1 der Verfassung des Landes Hessen die deutsche Bevölkerung sein. Das BVerfG hat in seinem Beschluss vom 31. Januar 2012 (Az.: 2 BvC 3/11) klargestellt, dass die für Bundestagswahlen in Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG verankerte Wahlrechtsgleichheit im Grundsatz eine Einteilung der Wahlkreise auf der Grundlage der Zahl der Wahlberechtigten gebietet, da diese und nicht die Wohnbevölkerung Anknüpfungspunkt des Gleichheitsgrundsatzes seien. Da allerdings die Zahl der Wahlberechtigten ausschließlich für den Wahltag ermittelt wird (vgl. § 2 LWG), soll für die Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung nach der letzten Landtagswahl am 22. September 2013 auf die Zahl der Deutschen im Sinne des Art. 116 GG in Hessen über 18 Jahren abgestellt werden, da diese weitgehend der Zahl der Wahlberechtigten entspricht.

Bezogen auf die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren liegen die Abweichungen in den folgenden Wahlkreisen über bzw. unter 25 % der durchschnittlichen Bevölkerung der Wahlkreise:

- 6	Waldeck-Frankenberg II	(-27,7 %)
- 9	Eschwege-Witzenhausen	(-25,9 %)
- 10	Rothenburg	(-28,8 %)
- 11	Hersfeld	(-25,1 %)
- 18	Gießen I	(+28,9 %)
- 28	Rheingau-Taunus I	(-25,2 %)
- 40	Main-Kinzig I	(+25,1 %)
- 54	Bergstraße I	(+27,9 %)

Den Vorschlägen für eine Neuabgrenzung liegen im Wesentlichen die gleichen Grundsätze zugrunde, die schon bei der letzten Abgrenzung herangezogen wurden (vgl. dazu o.g. Drucks. 16/4205 a.a.O.):

- Die Wahlkreisgrößen sollen hinsichtlich der Zahl der deutschen Bevölkerung über 18 Jahren besser als bisher aneinander angeglichen werden und die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise so weit wie möglich entsprechen.
- Die Wahlkreise sind möglichst so zu bilden, dass Kreisgrenzen eingehalten werden.
- Jeder Wahlkreis soll ein in sich zusammenhängendes Gebiet bilden.
- Historische, politische, kulturelle und wirtschaftliche Gegebenheiten können ebenso wie die voraussichtliche demografische Entwicklung und die flächenmäßige Ausdehnung als Korrektive berücksichtigt werden.
- In einer Gesamtschau sollen schließlich die Kriterien gegeneinander abgewogen und in einer Weise zum Ausgleich gebracht werden, bei der auch das Interesse an einer Kontinuität der Wahlkreiseinteilung und die darauf beruhende Akzeptanz in der Wählerschaft, den Gebietskörperschaften sowie den Organisationsstrukturen der Parteien und Wählergruppen möglichst beachtet werden sollen. Der Kontinuitätsgedanke gilt auch für Neueinteilungen: Sie soll möglichst so vorgenommen werden, dass sie für mehrere Wahlen Bestand haben kann.

Eine Tabelle mit den Änderungsvorschlägen ist mit einer Darstellung aller Wahlkreise als **Anlage 2** und eine Neubeschreibung der Wahlkreise als **Anlage 3** dem Gesetzentwurf beigelegt. Die zahlenmäßigen Abweichungen von dem Durchschnittswahlkreis bewegen sich nach den Änderungen zwischen -23,6 % (Wahlkreis 6 - Waldeck-Frankenberg II und Wahlkreis 11 - Hersfeld) und +25,0 % (Wahlkreis 41 - Main-Kinzig II).

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Art. 1

Zu Nr. 1 und 4

Die Gemeinde Nieste soll vom Wahlkreis 2 - Kassel Land II - in den Wahlkreis 9 - Eschwege-Witzenhausen - verlagert werden. Nach dieser Änderung beträgt die Abweichung von einem Durchschnittswahlkreis für den Wahlkreis 2 - Kassel Land II - +19,4 % (vorher: +21,3 %) und für den Wahlkreis 9 - Eschwege-Witzenhausen - -24,0 % (vorher: -25,9 %).

Zu Nr. 2 und 3

Die Stadt Lichtenfels soll vom Wahlkreis 5 - Waldeck-Frankenberg I - in den Wahlkreis 6 - Waldeck-Frankenberg II - verlagert werden. Nach dieser Änderung beträgt die Abweichung von einem Durchschnittswahlkreis für den Wahlkreis 5 - Waldeck-Frankenberg I - -22,3 % (vorher: -18,2 %) und für den Wahlkreis 6 - Waldeck-Frankenberg II - -23,6 % (vorher: -27,7 %).

Zu Nr. 5 bis 7

Die Gemeinde Ludwigsau soll vom Wahlkreis 11 - Hersfeld - in den Wahlkreis 10 - Rotenburg - verlagert werden; dafür soll die Gemeinde Eiterfeld vom Wahlkreis 14 - Fulda I - zum Wahlkreis 11 - Hersfeld - gehen. Nach dieser Änderung beträgt die Abweichung von einem Durchschnittswahlkreis für den Wahlkreis 10 - Rotenburg - -23,2 % (vorher: -28,8 %), für den Wahlkreis 11 - Hersfeld - -23,6 % (vorher: -25,1 %) und für den Wahlkreis 14 - Fulda I - -1,5 % (vorher: +5,6 %).

Zu Nr. 8 bis 10

Die Gemeinde Fernwald soll vom Wahlkreis 18 - Gießen I - in den Wahlkreis 19 - Gießen II - verlagert werden; gleichzeitig soll die Stadt Laubach vom Wahlkreis 19 - Gießen II - in den Wahlkreis 20 - Vogelsberg - übergehen. Nach dieser Änderung beträgt die Abweichung von einem Durchschnittswahlkreis für den Wahlkreis 18 - Gießen I - +22,4 % (vorher: +28,9 %), für den Wahlkreis 19 - Gießen II - +17,7 % (vorher: +20,6 %) und für den Wahlkreis 20 - Vogelsberg - +16,7 % (vorher: +7,4 %).

Zu Nr. 11 und 12

Die Gemeinde Heidenrod soll vom Wahlkreis 29 - Rheingau-Taunus II - in den Wahlkreis 28 - Rheingau-Taunus I - verlagert werden. Nach dieser Änderung beträgt die Abweichung von einem Durchschnittswahlkreis für den Wahlkreis 28 - Rheingau-Taunus I - -17,6 % (vorher: -25,2 %) und für den Wahlkreis 29 - Rheingau-Taunus II - -10,4 % (vorher: -2,7 %).

Zu Nr. 13 und 14

Die Gemeinde Niederdorfelden soll vom Wahlkreis 40 - Main-Kinzig I - in den Wahlkreis 41 - Main-Kinzig II - verlagert werden. Nach dieser Änderung beträgt die Abweichung von einem Durchschnittswahlkreis für den Wahlkreis 40 - Main-Kinzig I - +21,9 % (vorher: +25,1 %) und für den Wahlkreis 41 - Main-Kinzig II - +25,0 % (vorher: +21,7 %).

Zu Nr. 15 und 16

Die Gemeinde Groß-Rohrheim soll vom Wahlkreises 54 - Bergstraße I - in den Wahlkreis 48 - Groß-Gerau II - verlagert werden. Nach dieser Änderung beträgt die Abweichung von einem Durchschnittswahlkreis für den Wahlkreis 48 - Groß-Gerau II - +18,0 % (vorher: +14,4 %) und für den Wahlkreises 54 - Bergstraße I - +24,3 % (vorher: +27,9 %).

Zu Art. 2

Diese Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Wiesbaden, 19. September 2017

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)

Anlagen

Deutsche Bevölkerung in den Landtagswahlkreisen (Bevölkerungsstand: 31.12.2015)

WK	Wahlkreisname	Deutsche Bevölkerung						Landtagswahl 2013	
		Insgesamt	Abweichung Durchschnitts- Wahlkreis in %	darunter		Abweichung Durchschnitts- Wahlkreis in %	Wahlberechtigte	Abweichung Durchschnitts- Wahlkreis in %	
				unter 18 Jahre	Abweichung Durchschnitts- Wahlkreis in %				18 Jahre oder älter
	Land Hessen	5.293.282	Ø 96.241	904.834	Ø 16.452	4.388.448	Ø 79.790	4.392.213	Ø 79.858
1	Kassel-Land I	107.488	11,7	16.487	0,2	91.001	14,1	92.200	15,5
2	Kassel-Land II	114.558	19,0	17.791	8,1	96.767	21,3	98.231	23,0
3	Kassel-Stadt I	84.910	-11,8	13.311	-19,1	71.599	-10,3	71.787	-10,1
4	Kassel-Stadt II	83.094	-13,7	13.096	-20,4	69.998	-12,3	70.318	-11,9
5	Waldeck-Frankenberg I	77.752	-19,2	12.493	-24,1	65.259	-18,2	66.818	-16,3
6	Waldeck-Frankenberg II	69.030	-28,3	11.361	-30,9	57.669	-27,7	59.169	-25,9
7	Schwalm-Eder I	84.411	-12,3	13.501	-17,9	70.910	-11,1	71.454	-10,5
8	Schwalm-Eder II	85.839	-10,8	13.151	-20,1	72.688	-8,9	73.834	-7,5
9	Eschwege-Witzenhausen	69.199	-28,1	10.073	-38,8	59.126	-25,9	60.417	-24,3
10	Rotenburg	67.063	-30,3	10.281	-37,5	56.782	-28,8	57.839	-27,6
11	Hersfeld	70.986	-26,2	11.231	-31,7	59.755	-25,1	61.289	-23,3
12	Marburg-Biedenkopf I	103.864	7,9	17.702	7,6	86.162	8,0	86.732	8,6
13	Marburg-Biedenkopf II	116.915	21,5	18.361	11,6	98.554	23,5	97.149	21,7
14	Fulda I	102.083	6,1	17.788	8,1	84.295	5,6	83.674	4,8
15	Fulda II	102.355	6,4	17.719	7,7	84.636	6,1	84.834	6,2
16	Lahn-Dill I	112.071	16,4	18.921	15,0	93.150	16,7	93.317	16,9
17	Lahn-Dill II	117.665	22,3	19.395	17,9	98.270	23,2	98.975	23,9
18	Gießen I	120.625	25,3	17.803	8,2	102.822	28,9	98.521	23,4
19	Gießen II	115.265	19,8	19.012	15,6	96.253	20,6	96.560	20,9
20	Vogelsberg	100.577	4,5	14.922	-9,3	85.655	7,4	86.907	8,8
21	Limburg-Weiburg I	77.504	-19,5	13.490	-18,0	64.014	-19,8	64.826	-18,8
22	Limburg-Weiburg II	77.158	-19,8	12.615	-23,3	64.543	-19,1	65.186	-18,4
23	Hochtaunus I	104.628	8,7	19.039	15,7	85.589	7,3	86.519	8,3
24	Hochtaunus II	95.188	-1,1	17.620	7,1	77.568	-2,8	77.434	-3,0
25	Wetterau I	97.051	0,8	17.808	8,2	79.243	-0,7	79.660	-0,2
26	Wetterau II	86.433	-10,2	14.123	-14,2	72.310	-9,4	73.380	-8,1
27	Wetterau III	85.559	-11,1	14.089	-14,4	71.470	-10,4	70.339	-11,9
28	Rheingau-Taunus I	71.139	-26,1	11.494	-30,1	59.645	-25,2	59.938	-24,9
29	Rheingau-Taunus II	93.701	-2,6	16.093	-2,2	77.608	-2,7	77.660	-2,8
30	Wiesbaden I	120.780	25,5	21.669	31,7	99.111	24,2	99.247	24,3
31	Wiesbaden II	107.107	11,3	19.842	20,6	87.265	9,4	88.693	11,1

WK	Wahlkreisname	Deutsche Bevölkerung						Landtagswahl 2013		
		Insgesamt	Abweichung Durchschnitts- Wahlkreis in %	darunter			Wahlberechtigte	Abweichung Durchschnitts- Wahlkreis in %	Abweichung Durchschnitts- Wahlkreis in %	
				unter 18 Jahre	Abweichung Durchschnitts- Wahlkreis in %	18 Jahre oder älter				
32	Main-Taunus I	99.642	3,5	18.752	14,0	80.890	1,4	82.247	3,0	
33	Main-Taunus II	99.834	3,7	17.930	9,0	81.904	2,6	82.330	3,1	
34	Frankfurt am Main I	74.398	-22,7	13.191	-19,8	61.207	-23,3	56.737	-29,0	
35	Frankfurt am Main II	82.508	-14,3	15.321	-6,9	67.187	-15,8	65.211	-18,3	
36	Frankfurt am Main III	93.064	-3,3	17.466	6,2	75.598	-5,3	71.615	-10,3	
37	Frankfurt am Main IV	87.501	-9,1	16.488	0,2	71.013	-11,0	69.773	-12,6	
38	Frankfurt am Main V	86.265	-10,4	16.640	1,1	69.625	-12,7	70.183	-12,1	
39	Frankfurt am Main VI	103.646	7,7	18.448	12,1	85.198	6,8	77.269	-3,2	
40	Main-Kinzig I	119.787	24,5	19.951	21,3	99.836	25,1	101.127	26,6	
41	Main-Kinzig II	120.145	24,8	23.034	40,0	97.111	21,7	98.372	23,2	
42	Main-Kinzig III	117.809	22,4	18.373	11,7	99.436	24,6	99.859	25,0	
43	Offenbach-Stadt	82.165	-14,6	16.988	3,3	65.177	-18,3	66.480	-16,8	
44	Offenbach Land I	102.961	7,0	18.342	11,5	84.619	6,1	86.045	7,7	
45	Offenbach Land II	82.704	-14,1	15.791	-4,0	66.913	-16,1	68.085	-14,7	
46	Offenbach Land III	101.766	5,7	17.285	5,1	84.481	5,9	83.827	5,0	
47	Groß-Gerau I	102.295	6,3	20.442	24,3	81.853	2,6	82.119	2,8	
48	Groß-Gerau II	111.076	15,4	19.778	20,2	91.298	14,4	91.190	14,2	
49	Darmstadt-Stadt I	81.363	-15,5	13.295	-19,2	68.068	-14,7	66.536	-16,7	
50	Darmstadt-Stadt II	87.306	-9,3	15.062	-8,4	72.244	-9,5	71.705	-10,2	
51	Darmstadt-Dieburg I	103.116	7,1	18.373	11,7	84.743	6,2	85.348	6,9	
52	Darmstadt-Dieburg II	110.963	15,3	19.333	17,5	91.630	14,8	92.721	16,1	
53	Odenwald	84.872	-11,8	13.809	-16,1	71.063	-10,9	71.894	-10,0	
54	Bergstraße I	122.160	26,9	20.127	22,3	102.033	27,9	102.823	28,8	
55	Bergstraße II	113.938	18,4	18.334	11,4	95.604	19,8	95.810	20,0	

Anlage 2

Änderungsvorschläge: Zahlen Stand 31. Dezember 2015; Abweichungen					
	Landkreis/kreisfreie Stadt	Wahlkreis-nr.	Deutsche Bevölkerung 18 Jahre und älter	Abweichung vom Durchschnittswahlkreis ¹⁾ in Prozent	Bemerkungen
1.	Landkreis Kassel	1	91 001	14,1	unverändert
		2	95 244	19,4	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 1
2.	Stadt Kassel	3	71 599	-10,3	unverändert
		4	69 998	-12,3	unverändert
3.	Landkreis Waldeck-Frankenberg	5	61 963	-22,3	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 2
		6	60 965	-23,6	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 3
4.	Schwalm-Eder-Kreis	7	70 910	-11,1	unverändert
		8	72 688	-8,9	unverändert
5.	Werra-Meißner-Kreis	9	60 649	-24,0	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 4 Kombination 1/5
		10	61 279	-23,2	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 5
6.	Landkreis Hersfeld-Rotenburg	11	60 925	-23,6	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 6 Kombination 6/8
7.	Landkreis Marburg-Biedenkopf	12	86 162	8,0	unverändert
		13	98 554	23,5	unverändert
8.	Landkreis Fulda	14	78 628	-1,5	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 7
		15	84 636	6,1	unverändert
9.	Lahn-Dill-Kreis	16	93 150	16,7	unverändert
		17	98 270	23,2	unverändert
10	Gießen	18	97 638	22,4	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 8
		19	93 949	17,7	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 9
11	Vogelsbergkreis	20	93 143	16,7	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 10 Kombination 10/11
12	Limburg-Weilburg	21	64 014	-19,8	unverändert
		22	64 543	-19,1	unverändert
13	Hochtaunuskreis	23	85 589	7,3	unverändert
		24	77 568	-2,8	unverändert
14	Wetteraukreis	25	79 243	-0,7	unverändert
		26	72 310	-9,4	unverändert
		27	71 470	-10,4	unverändert
15	Rheingau-Taunus-Kreis	28	65 765	-17,6	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 11
		29	71 488	-10,4	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 12
16	Stadt Wiesbaden	30	99 111	24,2	unverändert
		31	87 265	9,4	unverändert
17	Main-Taunus-Kreis	32	80 890	1,4	unverändert
		33	81 904	2,6	unverändert
18	Stadt Frankfurt am Main	34	61 207	-23,3	unverändert
		35	67 187	-15,8	unverändert
		36	75 598	-5,3	unverändert
		37	71 013	-11,0	unverändert
		38	69 625	-12,7	unverändert
19	Main-Kinzig-Kreis	39	85 198	6,8	unverändert
		40	97 227	21,9	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 13
20	Stadt Offenbach	41	99 720	25,0	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 14
		42	99 436	24,6	unverändert
21	Landkreis Offenbach	43	65 177	-18,3	unverändert
		44	84 619	6,1	unverändert
		45	66 913	-16,1	unverändert
22	Landkreis Groß-Gerau	46	84 481	5,9	unverändert
		47	81 853	2,6	unverändert
		48	94 185	18,0	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 15 Kombination 22/26
23	Stadt Darmstadt	49	68 068	-14,7	unverändert
		50	72 244	-9,5	unverändert
24	Landkreis Darmstadt-Dieburg	51	84 743	6,2	unverändert
		52	91 630	14,8	unverändert
25	Odenwaldkreis	53	71 063	-10,9	unverändert
26	Landkreis Bergstraße	54	99 146	24,3	neu: Gesetzentwurf Art. 1 Nr. 16
		55	95 604	19,8	unverändert

¹⁾ Durchschnittswahlkreis: 79 790 Personen

**Anlage zu § 7 Abs. 1
des Landtagswahlgesetzes**

Wahlkreis 1 – Kassel-Land I –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Kassel:

Bad Emstal
Bad Karlshafen
Breuna
Calden
Espenau
Fuldata
Greibenstein
Habichtswald
Hofgeismar
Immenhausen
Liebenau
Naumburg
Oberweser
Reinhardshagen
Trendelburg
Wahlsburg
Wolfhagen
Zierenberg
sowie den Gutsbezirk Reinhardswald

Wahlkreis 2 – Kassel-Land II –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Kassel:

Ahnatal
Baunatal
Fuldabrück
Helsa
Kaufungen
Lohfelden
Niestetal
Schauenburg
Söhrewald
Vellmar

Wahlkreis 3 - Kassel-Stadt I -

umfasst folgende Ortsbezirke der kreisfreien Stadt Kassel:

3 West, 4 Wehlheiden, 5 Bad Wilhelmshöhe, 6 Brasselsberg, 7 Süsterfeld/Helleböhn, 8 Harleshausen, 9 Kirchditmold, 20 Oberzwehren, 21 Nordshausen, 22 Jungfernkopf

Wahlkreis 4 - Kassel-Stadt II –

umfasst folgende Ortsbezirke der kreisfreien Stadt Kassel:

1 Mitte, 2 Südstadt, 10 Rothenditmold, 11 Nord (Holland), 12 Philippinenhof-Warteberg, 13 Fasanenhof, 14 Wesertor, 15 Wolfsanger/Hasenhecke, 16 Bettenhausen, 17 Forstfeld, 18 Waldau, 19 Niederzwehren, 23 Unterneustadt

Wahlkreis 5 - Waldeck-Frankenberg I –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Waldeck-Frankenberg:

Bad Arolsen
Diemelsee
Diemelstadt
Edertal
Korbach
Twistetal
Volkmarsen
Waldeck
Willingen (Upland)

Wahlkreis 6 - Waldeck-Frankenberg II –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Waldeck-Frankenberg:

Allendorf (Eder)
Bad Wildungen
Battenberg (Eder)
Bromskirchen
Burgwald
Frankenau
Frankenberg (Eder)
Gemünden (Wohra)
Haina (Kloster)
Hatzfeld (Eder)
Lichtenfels
Rosenthal
Vöhl

Wahlkreis 7 - Schwalm-Eder I –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Schwalm-Eder-Kreises:

Edermünde
Felsberg
Fritzlar
Gudensberg
Guxhagen
Körle
Malsfeld
Melsungen
Morschen
Niederstein
Spangenberg
Wabern

Wahlkreis 8 - Schwalm-Eder II –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Schwalm-Eder-Kreises:

Bad Zwesten
Borken (Hessen)
Frielendorf
Gilserberg
Homberg (Efze)
Jesberg

Knüllwald
Neumental
Neukirchen
Oberaula
Ottrau
Schrecksbach
Schwalmstadt
Schwarzenborn
Willingshausen

Wahlkreis 9 - Eschwege-Witzenhausen –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Werra-Meißner-Kreises:

Berkatal
Eschwege
Großalmerode
Hessisch Lichtenau
Meinhard
Neu-Eichenberg
Bad Sooden-Allendorf
Wanfried
Witzenhausen

sowie die Gemeinde Nieste des Landkreises Kassel und den Gutsbezirk Kaufunger Wald

Wahlkreis 10 – Rotenburg -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Werra-Meißner-Kreises:

Herleshausen
Meißner
Ringgau
Sontra
Waldkappel
Wehretal
Weißenborn

sowie folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Hersfeld-Rotenburg:

Ahlheim
Bebra
Cornberg
Ludwigsau
Nentershausen
Ronshausen
Rotenburg a. d. Fulda
Wildeck

Wahlkreis 11 – Hersfeld -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Hersfeld-Rotenburg:

Bad Hersfeld
Breitenbach a. Herzberg
Friedewald
Hauneck
Haunetal
Heringen (Werra)

Hohenroda
Kirchheim
Neuenstein
Niederaula
Philippsthal (Werra)
Schenkengsfeld

sowie die Gemeinde Eiterfeld des Landkreises Fulda

Wahlkreis 12 - Marburg-Biedenkopf I -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Marburg-Biedenkopf:

Angelburg
Bad Endbach
Biedenkopf
Breidenbach
Cölbe
Dautphetal
Ebsdorfergrund
Fronhausen
Gladenbach
Lahntal
Lohra
Münchhausen
Steffenberg
Weimar
Wetter (Hessen)

Wahlkreis 13 - Marburg-Biedenkopf II -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Marburg-Biedenkopf:

Amöneburg
Kirchhain
Marburg
Neustadt (Hessen)
Rauschenberg
Stadtallendorf
Wohratal

Wahlkreis 14 - Fulda I -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Fulda:

Bad Salzschlirf
Burghaun
Fulda
Großenlüder
Hünfeld
Nüsttal
Rasdorf

Wahlkreis 15 - Fulda II -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Fulda:

Dipperz

Ebersburg
Ehrenberg (Rhön)
Eichenzell
Flieden
Gersfeld (Rhön)
Hilders
Hofbieber
Hosenfeld
Kalbach
Künzell
Neuhof
Petersberg
Poppenhausen (Wasserkuppe)
Tann (Rhön)

Wahlkreis 16 - Lahn-Dill I -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Lahn-Dill-Kreises:

Bischoffen
Breitscheid
Dietzhöhlztal
Dillenburg
Driedorf
Ehringshausen
Eschenburg
Greifenstein
Haiger
Herborn
Mittenaar
Siegbach
Sinn

Wahlkreis 17 - Lahn-Dill II -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Lahn-Dill-Kreises:

Aßlar
Braunfels
Hohenahr
Hüttenberg
Lahnau
Leun
Schöffengrund
Solms
Wetzlar
Waldsolms

Wahlkreis 18 – Gießen I –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Gießen:

Biebertal
Gießen
Heuchelheim
Lollar
Staufenberg
Wettenberg

Wahlkreis 19 – Gießen II –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Gießen:

Allendorf (Lumda)
Buseck
Fernwald
Grünberg
Hungen
Langgöns
Lich
Linden
Pohlheim
Rabenau
Reiskirchen

Wahlkreis 20 – Vogelsberg -

umfasst den Vogelsbergkreis sowie die Stadt Laubach des Landkreises Gießen

Wahlkreis 21 - Limburg-Weilburg I -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Limburg-Weilburg:

Brechen
Dornburg
Elbtal
Elz
Hadamar
Hünfelden
Limburg a. d. Lahn
Waldbrunn (Westerwald)

Wahlkreis 22 - Limburg-Weilburg II -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Limburg-Weilburg:

Beselich
Bad Camberg
Löhnberg
Mengerskirchen
Merenberg
Runkel
Selters (Taunus)
Villmar
Weilburg
Weilmünster
Weinbach

Wahlkreis 23 - Hochtaunus I -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Hochtaunuskreises:

Bad Homburg v. d. Höhe
Friedrichsdorf
Grävenwiesbach
Neu-Anspach

Usingen
Wehrheim

Wahlkreis 24 - Hochtaunus II -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Hochtaunuskreises:

Glashütten
Königstein im Taunus
Kronberg im Taunus
Oberursel (Taunus)
Schmitten
Steinbach (Taunus)
Weilrod

Wahlkreis 25 – Wetterau I –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Wetteraukreises:

Bad Vilbel
Friedberg (Hessen)
Karben
Niddatal
Rosbach v.d. Höhe
Wöllstadt

Wahlkreis 26 – Wetterau II –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Wetteraukreises:

Altenstadt
Büdingen
Florstadt
Gedern
Glauburg
Hirzenhain
Kefenrod
Limeshain
Nidda
Ortenberg
Ranstadt

Wahlkreis 27 – Wetterau III –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Wetteraukreises:

Bad Nauheim
Butzbach
Echzell
Münzenberg
Ober-Mörlen
Reichelsheim (Wetterau)
Rockenberg
Wölfersheim

Wahlkreis 28 - Rheingau-Taunus I -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Rheingau-Taunus-Kreises:

Bad Schwalbach
Eltville am Rhein
Geisenheim
Heidenrod
Kiedrich
Lorch
Oestrich-Winkel
Rüdesheim am Rhein
Schlangenbad
Walluf

Wahlkreis 29 - Rheingau-Taunus II -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Rheingau-Taunus-Kreises:

Aarbergen
Hohenstein
Hünstetten
Idstein
Niedernhausen
Taunusstein
Waldems

Wahlkreis 30 – Wiesbaden I –

umfasst folgende Ortsbezirke der kreisfreien Stadt Wiesbaden:

Mitte von Alt-Wiesbaden
Nordost von Alt-Wiesbaden
Südost von Alt-Wiesbaden
Rheingauviertel/Hollerborn
Westend/Bleichstraße von Alt-Wiesbaden
Dotzheim
Frauenstein
Klarenthal
Schierstein

Wahlkreis 31 – Wiesbaden II –

umfasst folgende Ortsbezirke der kreisfreien Stadt Wiesbaden:

Amöneburg
Auringen
Biebrich
Bierstadt
Breckenheim
Delkenheim
Erbenheim
Heßloch
Igstadt
Kastel
Kloppenheim
Kostheim
Medenbach
Naurod

Nordenstadt
Rambach
Sonnenberg

Wahlkreis 32 - Main-Taunus I -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Main-Taunus-Kreises:

Bad Soden am Taunus
Eppstein
Eschborn
Kelkheim (Taunus)
Liederbach am Taunus
Schwalbach am Taunus
Sulzbach (Taunus)

Wahlkreis 33 - Main-Taunus II -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Main-Taunus-Kreises:

Flörsheim am Main
Hattersheim am Main
Hochheim am Main
Hofheim am Taunus
Kriftel

Wahlkreis 34 - Frankfurt am Main I -

umfasst folgende Ortsteile der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main:

Griesheim
Höchst
Nied
Sindlingen
Sossenheim
Unterliederbach
Zeilsheim

Wahlkreis 35 - Frankfurt am Main II -

umfasst folgende Ortsteile der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main:

Bockenheim
Hausen
Heddernheim
Niederursel
Praunheim
Rödelheim

Wahlkreis 36 - Frankfurt am Main III -

umfasst folgende Ortsteile der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main:

Altstadt
Bahnhofsviertel
Dornbusch
Eschersheim

Gallusviertel
Ginnheim
Gutleutviertel
Innenstadt
Westend

Wahlkreis 37 - Frankfurt am Main IV -

umfasst folgende Ortsteile der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main:

Niederrad
Oberrad
Sachsenhausen
Schwanheim

Wahlkreis 38 - Frankfurt am Main V -

umfasst folgende Ortsteile der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main:

Bornheim
Nordend
Ostend

Wahlkreis 39 - Frankfurt am Main VI -

umfasst folgende Ortsteile der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main:

Bergen-Enkheim
Berkersheim
Bonames
Eckenheim
Fechenheim
Harheim
Kalbach
Nieder-Erlenbach
Nieder-Eschbach
Preungesheim
Riederwald
Seckbach

Wahlkreis 40 - Main-Kinzig I -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises:

Bruchköbel
Freigericht
Gründau
Hammersbach
Hasselroth
Langenselbold
Neuberg
Nidderau
Rodenbach
Ronneburg
Schöneck

Wahlkreis 41 - Main-Kinzig II -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises:

Erlensee
Großkrotzenburg
Hanau
Maintal
Niederdorfelden

Wahlkreis 42 – Main-Kinzig III –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises:

Bad Orb
Bad Soden-Salmünster
Biebergemünd
Birstein
Brachtal
Flörsbachtal
Gelnhausen
Jossgrund
Linsengericht
Schlüchtern
Sinnatal
Steinau an der Straße
Wächtersbach

sowie den Gutsbezirk Spessart

Wahlkreis 43 - Offenbach-Stadt -

umfasst die kreisfreie Stadt Offenbach am Main

Wahlkreis 44 - Offenbach Land I -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Offenbach:

Dreieich
Egelsbach
Langen
Neu-Isenburg

Wahlkreis 45 - Offenbach Land II -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Offenbach:

Dietzenbach
Heusenstamm
Mühlheim am Main
Obertshausen

Wahlkreis 46 - Offenbach Land III -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Offenbach:

Hainburg

Mainhausen
Rodgau
Rödermark
Seligenstadt

Wahlkreis 47 – Groß-Gerau I –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Groß-Gerau:

Bischofsheim
Ginsheim-Gustavsburg
Kelsterbach
Nauheim
Raunheim
Rüsselsheim

Wahlkreis 48 – Groß-Gerau II –

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Groß-Gerau:

Biebesheim am Rhein
Büttelborn
Gernsheim
Groß-Gerau
Mörfelden-Walldorf
Riedstadt
Stockstadt am Rhein
Trebur

sowie die Gemeinde Groß-Rohrheim des Landkreises Bergstraße

Wahlkreis 49 - Darmstadt-Stadt I -

umfasst die statistischen Bezirke 110 bis 340, 610 bis 640, 810, 820, 910 und 920 der kreisfreien Stadt Darmstadt.

Wahlkreis 50 - Darmstadt-Stadt II -

umfasst die statistischen Bezirke 410 bis 540 und 710 bis 750 der kreisfreien Stadt Darmstadt

sowie folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Darmstadt-Dieburg:

Modautal
Mühltal
Ober-Ramstadt
Roßdorf

Wahlkreis 51 - Darmstadt-Dieburg I -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Darmstadt-Dieburg:

Alsbach-Hähnlein
Bickenbach
Erzhausen
Griesheim
Messel
Pfungstadt
Seeheim-Jugenheim
Weiterstadt

Wahlkreis 52 - Darmstadt-Dieburg II -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Darmstadt-Dieburg:

Babenhausen
Dieburg
Eppertshausen
Fischbachtal
Groß-Bieberau
Groß-Umstadt
Groß-Zimmern
Münster
Otzberg
Reinheim
Schaafheim

Wahlkreis 53 – Odenwald -

umfasst den Odenwaldkreis

Wahlkreis 54 - Bergstraße I -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Bergstraße:

Biblis
Büstadt
Einhausen
Heppenheim (Bergstraße)
Lampertheim
Lorsch
Viernheim

Wahlkreis 55 - Bergstraße II -

umfasst folgende Städte und Gemeinden des Landkreises Bergstraße:

Abtsteinach
Bensheim
Birkenau
Fürth
Gorxheimertal
Grasellenbach
Hirschhorn (Neckar)
Lautertal (Odenwald)
Lindenfels
Mörtenbach
Neckarsteinach
Rimbach
Wald-Michelbach
Zwingenberg